

Der Freie Schwarzwälder

Mildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald / Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

Erscheint Werktags

mit amtlicher Fremdenliste

Telephon Nr. 4)



Bezugspreis monatlich 80 Pfg. Durch die Post im Nachbarortsvorkehr 2,15 M., in Württemberg 2,20 M. vierteljährlich, hierzu Bestellgeld 30 Pfg.

Anzeigen 12 Pfg., von auswärts 15 Pfg. die Gar- moniezeile oder deren Raum. Reklame 25 Pfg. die Zeile.

Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.

Nr. 56

Donnerstag den 6. März 1919

36. Jahrgang.

Dem Abgrund entgegen!

Von einem Arbeiter wird uns geschrieben:
Nach dem Kriege 1870 stiegen die Löhne derart rapid, daß die kapitalistische Presse in großer Verallgemeinerung von Einzelfällen ihre Glossen über die „Selt-trinkenden“ Maurergesellen zu machen pflegte. Der „Segen“ der 5 Milliarden befruchtete die deutsche Volkswirtschaft. Wie Pilze schossen die deutschen Unternehmungen in die Luft. Bis nach einigen Jahren der große Krach kam und die Gründungszeit mit einer Fülle von Bankrotten und schlimmster Arbeitslosigkeit ihr trübes Ende fand.
Wieder stiegen die Löhne. Noch viel gewaltiger als 1870. Aber nicht etwa, weil wir in der Hochkonjunktur oder vor ihr stehen. Wir haben eine vernichtende Niederlage erlitten. Schwerste Friedensbedingungen stehen uns bevor. Unsere Schuldenlast ist unermesslich, unsere Geldwährung erschreckend entwertet, unser Kredit tief gesunken, unsere Rohstofflager sind erschöpft, unsere Verkehrsmittel verbraucht. Wir brauchen eine riesenhafte Einfuhr, um unser unterernährtes Volk und unsere Produktion wieder auf die Beine zu bringen. Wir brauchen eine riesenhafte Ausfuhr, um die einzuführenden Lebensmittel und Rohstoffe bezahlen zu können.
Noch können wir nichts einführen, nichts ausführen. Der Tiefstand unserer Konjunktur ist derart, daß er kaum noch jenseit zu können scheint.
Und dennoch steigen die Löhne rapide. Die Arbeitslosigkeit wächst unheimlich, die Kriegsindustrie ist längst mit ihrer Arbeit zu Ende und die Friedensindustrie kann zum Teil noch nicht so arbeiten, wie man es wünscht. Viele Fabriken mühen arbeiten — sie haben keine Kohlen. Im Ruhrrevier wird knapp die Hälfte der normalen Kohlenleistung gefördert.
Unser Land ist so ausgepumpt, unsere finanziellen Verpflichtungen so riesenhaft, daß wir nur dann uns vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch retten können, wenn wir alle, Mann für Mann, Frau für Frau, die nächsten Jahre unsere ganze Kraft daran setzen, unsere Produktion zu steigern.
Achtstundentag! Es ist wohl der schalichste Wunsch, daß derselbe den Arbeitern auch erhalten bleibt. Aber er muß insofern einem Bedenken begegnen, daß er gerade in einem Augenblick eingeführt wurde, wo die Konkurrenz auf dem Weltmarkt für uns schwerer ist, als je. Ja, als allgemeine internationale Forderung auf dem Friedenskongreß durchgeführt, alle Hochachtung! — aber einseitig bei uns heute — es ist zu zweifeln, ob die Arbeiter den ersehnten Nutzen davon haben werden.
Steigerung der Löhne. Sie waren in der Kriegsindustrie hoch, sonst vielfach ungenügend. Die Lebenshaltung hat sich wahnsinnig verteuert. Kommt der Soldat nach Hause, um wieder in die Fabrik zu gehen, so hat er weder ordentliche Kleider, noch ordentliche Wäsche, er findet er auch den Hausrat und die Kleidung seiner Familie ziemlich verbraucht und erneuerungsbedürftig. Bei den Miesepreisen war jede Neuanschaffung vermieden worden. Selbstredend kann eine Reduzierung der Löhne nur dann eintreten, wenn auch alle zum Leben notwendigen Dinge billiger geworden sind. Subjektiv kann man selbst sehr hohe Lohnforderungen verstehen. Objektiv sind sie das höchste wirtschaftliche Unheil, das uns begegnen kann.
Fast jeder einzelnen Kategorie gönnt der sozial empfindende Mensch eine Besserung ihrer Lage. Und doch bedeutet der ganze Komplex dieser Lohnforderungen einfach den Ruin unseres Wirtschaftslebens.
Manche Kriegsgewinnler stellen sich auf den Standpunkt, daß es ganz egal sei, ob der Staat unseren Gewinn konfisziert oder wir ihn als Lohn ausbezahlen! Los haben wir unser Geld auf alle Fälle. Die Sache geht eben so lange, bis das Geld zu Ende ist.
Privatkapitalistisch läßt sich ein solcher Standpunkt verstehen. Für die Allgemeinheit aber ist es geradezu ein Verhängnis, wenn in dem Augenblick, wo das Reich 50 ungezählte Milliarden braucht, die besten Steuerobjekte in alle Winde zerfallen. Und was wird aus den Fabriken, wenn erst die Fonds erschöpft sind? Wer finanziert sie? Wer betreibt sie weiter? Wer macht sie exportfähig?
Export! Das ist der wunde Punkt. Im Inland kann man abwägen. Da kann eine Preiserhöhung durch die andere ausgeglichen werden. Aber für die Ausfuhr heißt es, sich den Weltmarktpreisen anzupassen.
Wir hatten vor dem Kriege einen jährlichen 10 Milliarden-Export. Wir haben durch den Krieg fast alle

Handelsbeziehungen eingebüßt. Ob wir sie nun wieder gewinnen, wenn wir konkurrenzfähig sind, das wird bei den heutigen Verhältnissen wohl kaum möglich sein.
Aber ohne Export, ohne riesigen Export können wir einfach nicht leben! Denn den Milliardenimport, ohne den wir verkommen müßten, können wir nicht gut mit unseren Kriegsschulden bezahlen. Das letztere ist aber zurzeit das Einzige, was wir besitzen.
Gibt es keine Rettung mehr? Wirklich nicht! In den Massen unserer Betriebe steckt doch ein prachtvoller Kern von Vernunft. So verzweifelt es im Augenblick aussieht, so kann man immer noch hoffen, daß der realpolitische Sinn der Arbeiter die Oberhand gewinnen wird über die Revolutionsromantik, ehe es zu spät ist.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar 4. März.
Die Sitzung wird nach 3 1/2 Uhr eröffnet.
Abg. Dr. Raht (D.V.P.) fragt nach den Schritten der Reichsregierung, um die sofortige Befreiung der vom Feinde zur Verantwortung gezogenen deutschen Beamten zu bewirken, die während des Krieges von der deutschen Verwaltung in den besetzten Gebieten Industriematerial angekauft haben. — Ein Regierungskommissar erwidert, daß bei den Alliierten mehrfach Einspruch gegen die Verhaftungen erhoben wurde. Ein vollständiger Bescheid sei bisher nicht erfolgt.
Abg. Krastadt (D.N.V.P.) u. Gen. fragen, was die Regierung zur Befreiung des Papiermangels für die deutsche Presse tun wolle.
Reichswirtschaftsminister Wessel: Eine befriedigende Papierversorgung der Presse wird erst dann möglich sein, wenn das deutsche Wirtschaftsleben wieder in einigermaßen geordnetem Bahnen zurückkehrt.
Abg. Döler (D.N.V.P.) fragt an wegen unzureichender Befreiung der Landwirtschaft mit künstlichen Düngemitteln.
Reichsminister Schmidt: Die Reichsregierung ist bemüht, von den Alliierten die Freigabe der Produkte aus den besetzten Gebieten zu erlangen.
Präsident der Verfassungsberatung.
Abg. Henke (U.S.): Der kapitalistische Charakter der Verfassung zeigt sich darin, daß Entzignungen nur gegen Entschädigungen zugelassen sein werden. Die Arbeiter sehen in dem allgemeinen Wahlrecht ein Mittel, das sie von allem Elend befreien könnte. Sie wünschen ein besseres, das Interessen wahrzunehmen; die U. und S. Räte. Das Räteystem bedeutet das Ende des Parlamentarismus.
Abg. Stresemann (D.V.): Was der Vordredner erstrebt ist eigentlich der vollkommen verfassungsgerechte Zustand. Wir hören immer wieder die heftigsten Angriffe gegen Preußen. Gegenüber den Sonderrechten der süddeutschen Staaten ist man weit zurückhaltender. Da die Einheit mit Provinzen unmöglich ist, so bleibt nur die Aufrechterhaltung der Bundesstaaten übrig, denen man dann aber auch die Möglichkeit der Entfaltung ihrer Eigenart geben muß. Man lasse Preußen wie es ist. Seine Hegemonie ist nicht mehr vorhanden. Ich vermisste in der Verfassung eine Bestimmung zum Schutz der Deutschen im Ausland, da in den nächsten Jahren viele Deutschland verlassen müssen. Ein bernständiges Parlament soll keine verletzende Gewalt haben, sondern hätte nur vorbereitende Arbeit zu leisten. Die Vorstufe dazu kann man vielleicht in der Arbeitsgemeinschaft zwischen Großindustrieller und Gewerkschaft erblicken.
Reichsminister Dr. Dautz: Wir haben die demokratische Republik, in der die höchste Gewalt beim Volk liegt, und unser Wahlrecht ist demokratischer als in irgend einem anderen Lande. Jetzt erst haben wir eine wirkliche Regierung vor dem Volke. Demokratie beruht der starke Zusammenhalt des Reichs, und sie wird ihn auch in Zukunft tragen.
Die Verfassungsvorlage wird an einen Ausschuß von 28 Mitgliedern verwiesen.
Nächste Sitzung Mittwoch 3 1/2 Uhr nachmittags: Plenarinterpellation. Schluß 6.10 Uhr.

Neues vom Tage.

Unstimmigkeiten.
Berlin, 5. März. Die Meinungsverschiedenheiten die zwischen dem Reichsminister Gothein und anderen Mitgliedern des Kabinetts in der Sozialisierungsfrage bestanden, sollen beigelegt sein.
Ludendorff und der Waffenstillstand.
Berlin, 5. März. Das Woffische Tel.-Bureau meldet gegenüber der Aepferung des Generals Ludendorff über die Entschickung des Waffenstillstandsangebots, nach einer demnachst erscheinenden amtlichen Denkschrift lassen sich drei Entwurfsstufen in dem Werden des Waffenstillstands unterscheiden:
1. Ende September und in den ersten Tagen des Oktober drang General Ludendorff auf sofortige Herausgabe des Friedensangebots.
2. Am 17. Oktober kam General Ludendorff in einer Kabinettsitzung in Berlin zu folgendem Beschluß:

Die deutsche Front hat bisher gehalten, als ich vor zwei Wochen gedacht habe. Wenn man ihn mehr Menschenerfaj in Aussicht stelle, glaube er den Krieg fortzuführen zu können. Er vertraue dabei freilich mehr auf sein Soldatenglied. Eine Garantie dafür, daß er bei Fortsetzung des Krieges militärisch und politisch besser dastehen würde, könne er nicht geben. Die politische Leitung sah nach eingehenden Beratungen in einer solchen Fortsetzung des Krieges ein Daseinspiel. Der Menschenerfaj, der in Aussicht gestellt werden konnte, war quantitativ und qualitativ unzureichend. Trotz einzelner heroischer Leistungen war mit einer Festigung der deutschen Westfront bei der täglich steigenden technischen und numerischen Ueberlegenheit des Feindes nicht zu rechnen, sicher war nur, daß der Krieg und die Zerstörungen nicht nur über weitere Teile Belgiens und Nordfrankreichs, sondern später auch in das eigene Land heringetragen werden würden. Daher brach die politische Reichsleitung das Gespräch in Washington nicht ab, sondern verhandelte weiter auf der Grundlage der Wilsonschen Bedingungen. Bei diesem Stadium der Entwicklung hat General Ludendorff niemals Klipp und Klar den Abbruch der Verhandlungen verlangt.
Das 3. Stadium trat ein, als Marshall Foch seine Bedingungen für den Waffenstillstand überreichte. Diese überschritten das erwartete Maß um ein Vielfaches. Trotzdem gab im Einverständnis mit der politischen Reichsleitung Generalfeldmarschall von Hindenburg seine Weisungen dahin, daß zu unterzeichnen sei, wenn Abänderungen nicht erreicht würden.
Aus der Waffenstillstandskommission.
Berlin, 4. März. Das Deutsche Ersuchen um Befreiung der Viehausfuhr aus Elsaß-Lothringen zur Versorgung des Saargebietes wurde von Marshall Foch abgelehnt. — Der deutsche Vorsitzende protestierte in Straß gegen die Aufbringung des deutschen Dampfers „Pluto“ durch einen französischen Zerstörer in der Ostsee.
Generalfreil.
Die Tage in Berlin.
Berlin, 5. März. Bei dem Einzug der Truppen zum Schutz des Polizeipräsidiums gestern versuchte eine tausendköpfige Menge auf dem Alexanderplatz, die Truppen zu zurückzuhalten. Diese mußten schließlich von der Schutzpolizei gebrochen werden. 3 Personen wurden getötet. Das Polizeipräsidium erhielt abends weiteren Schutz durch Regierungstruppen und eine Feldartillerieabteilung. Ein Versuch, in die Alexanderlaterne einzudringen, konnte unter schweren Verlusten der Angreifer abgeblendet werden. In der Kaiser-Wilhelm- und Münzstraße und am Schlossplatz waren zahlreiche Barrikaden errichtet worden. Spartakisten versuchten unter allen erdenklichen Bedingungen in das Polizeipräsidium einzudringen und die Befragung zur Abergabe des Gebäudes zu veranlassen. Heute morgen sind weitere zahlreiche Truppen eingetroffen und halten den ganzen inneren Stadtteil besetzt. Trotz aller Warnungen der Kommandantur sammelten sich immer wieder große Mengen von verbrecherischen Elementen auf dem Alexanderplatz an. Unter der Masse befanden sich zahlreiche Frauen und Kinder.
Berlin, 5. März. Die „Deutsche Tageszeitung“ meldet: In Tempelhof kam es gestern nachmittags zwischen einem Bataillon der Division Gerstenberg und der auf dem Güterbahnhof stationierten Wache der republikanischen Soldatenwehr zu einem Zwischenfall. Ein Posten der Soldatenwehr wurde von den Regierungstruppen entwaffnet. Als der Sprecher der Soldatenwehr daraufhin von dem Kommandeur der Regierungstruppen in ziemlich grober Weise Rechenschaft für den entwaffneten Posten forderte, ließ der Major die Leute der Soldatenwehr umfassen und zur Niederlegung der Waffen auffordern. Ein Teil kam dem Befehl nach. Weiter entfernt stehende Leute eröffneten plötzlich mit einem Maschinengewehr das Feuer gegen die Regierungstruppen. Nach einem Feuergefecht von etwa 10 Minuten war es den Regierungstruppen gelungen, die Soldaten zu entwaffnen.
Berlin, 5. März. Eine Reihe von Berliner Zeitungen sind auch heute nicht erschienen. — Nachdem am Dienstag starke militärische Kräfte in der Reichshauptstadt angekommen waren, sind wichtige öffentliche Gebäude, darunter die Reichsbank, der Reichstag, die Fernsprechanstalt, das Haupttelegraphenamt, die Lebensmitteldepots und der Schlachthof mit Truppen besetzt wor-

den. In der Nacht durchzogen seit Einbruch der Dunkelheit Patrouillen die Stadt, um weiteren Plünderungen vorzubeugen.

Die Beamtenhaft des Eisenbahndirektionsbezirks Berlin beteiligt sich nicht am Generalstreik.

Die Spartakisten scheinen es wieder vornehmlich darauf abgesehen zu haben, den Schlesienschen Bahnhof und die Stadtbahn in die Gewalt zu bekommen, von wo die wichtigsten Linien nach auswärts gehen. Die Plünderungen gehen weiter.

Einigungsverhandlungen.

Weimar, 5. März. Die bis in die späten Nachmittagsstunden andauernden Einigungsverhandlungen zwischen den Vertretern der Berliner Mehrheitssozialisten und den Reichsministern nahmen einen befriedigenden Verlauf. Die Arbeiterabordnung ist noch in der Nacht nach Berlin zurückgekehrt, um die Vorschläge der Regierung den streikenden Arbeitern zur Genehmigung vorzulegen. Wie verlautet, sollen sich die Vorschläge in der Richtung einer Verankerung der Arbeiter- und Soldatenräte in der Verfassung bewegen.

Leipzig, 5. März. Der engere Ausschuss der A- und S-Mäße forderte die Beamten, da durch ihren Ausstand die Auszahlung der Kriegsanleihen und der Arbeitslosenunterstützungen, der Löhnungen usw. verhindert werde, auf unverzüglich die Arbeit wieder aufzunehmen, widrigenfalls ihnen die Ausstandstage am Gehalt abgezogen und weitere Maßnahmen ergriffen werden.

In Halle ist das Standrecht verhängt worden. Einige Personen sollen bereits standrechtlich erschossen worden sein.

In Bremen regt sich's wieder.

Bremen, 5. März. Eine Versammlung von Vertrauensleuten der Kommunisten und Unabhängigen Sozialisten verlangte die sofortige Freilassung der politischen Gefangenen, andernfalls der Generalstreik verkündigt werden sollte.

Die Arbeiter der Weser-, Atlas- und Hanja Lloyd-Werke sind in den Streik getreten. Die Stadt war von gestern abend 7 Uhr an ohne Gas.

Edenburger, 5. März. Infolge der Verhaftung des Obermarzials Kuhn hat das Direktorium des Edenburger Freistaats seine Enthebung als Mitglied des Direktoriums vom Amt ausgesprochen.

München, 4. März. Das vom Rätekongress ernannte Gesamtministerium ist noch nicht endgültig gebildet, da einzelne in Aussicht genommene Minister nicht zugesagt haben.

Junsbrud, 4. März. Den „Junsbruder Nachr.“ zufolge, hält sich der frühere König von Bayern in einem Hochalpen-Kortirok auf, wo er solange bleiben wolle, bis der Sturm in Bayern vorübergegangen sei.

Für das Rätesystem.

Braunschweig, 5. März. Bei der gestrigen Abstimmung der organisierten Arbeiterschaft der Stadt Braunschweig in der Frage des Rätesystems wurden, wie der „Volkfreund“ meldet, 3841 Stimmen für sofortige und 3013 Stimmen für spätere Einführung des Rätesystems in Braunschweig abgegeben. 116 Stimmen waren unglücklich.

Der Krieg im Osten.

Berlin, 5. März. Nach einer Meldung der „Täglichen Rundschau“ wurden in Posen dieser Tage über 1000 Anwohner aus den deutschen Siedlungsdistrikten festgenommen und zur Verrichtung von Zwangsarbeit verpflichtet. Ferner sollen sämtliche Bewohner der Provinz Posen gezwungen werden, 50 Mark von jedem Hundert ihres Einkommens als Sondersteuer an polnische Kassen abzuführen.

Liban, 5. März. Am 4. März haben sich Kämpfe vor Marajew bei Gjern und östlich von Neuhof entwickelt. Die Kämpfe am 3. März hatten den Erfolg, daß Tschirski und Pambeln von reichsdeutschen, das Fortwerk Neuhof von lettischen Truppen genommen wurden, während gleichzeitig andere lettische Truppen den feindlichen Angriff bei Schunden abwießen.

Berlin, 5. März. Auf Veranlassung des Kriegsgerichts der Gardeschützen-Kavalleriedivision sollen Kapitänleutnant v. Pflug-Hartung, Hauptmann v. Pflug-Hartung, Oberleutnant Vogel und Leutnant Piepmann verhaftet worden sein. Es wird ihnen vorgeworfen, daß sie an der Ermordung von Liebknecht und Rosa Luxemburg beteiligt gewesen seien.

Auers Befinden.

München, 5. März. Minister Auers ist gestern zum zweiten Mal operiert worden, indem die zweite Anger, die am Rücken saß, entfernt wurde.

Einigung gegen die Spartakisten.

Nürnberg, 5. März. In einer gemeinsamen Sitzung der Sozialdemokraten, der Unabhängigen und des Bauernbunds wurde beschlossen: Dem Rätekongress in München, dem Vorkommensausschuss und dem Zentralkomitee stehen keinerlei gleichberechtigende oder Volksrechte zu. Die drei Parteien verlangen vielmehr: Sofortige Einberufung des Landtags zu einer kurzen Tagung; Bildung eines sozialdemokratischen Ministeriums durch die beiden sozialdemokratischen Parteien; dessen Anerkennung durch den gewählten Landtag. Je ein Vertreter der A-, S- und B-Mäße kann an den Sitzungen des Ministeriums teilnehmen. Auflösung des stehenden Heeres und Schaffung einer freiwilligen Volkswache aus politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeitern.

Gegen die Soldatenräte.

Bern, 5. März. Eine Verordnung des Bundesrats verbietet Vereinigungen wie Soldatenräte, Soldatenbünde und dergleichen, deren Zweck oder Tätigkeit darauf gerichtet ist, die militärische Disziplin zu untergraben. Für Übertretungen ist Gefängnis bis zu zwei Jahren vorgesehen.

Abstempelung der Wertpapiere.

Wien, 5. März. Im Zusammenhang mit der Vermögensabgabe wird in Deutsch-Oesterreich voraussichtlich eine Abstempelung der Wertpapiere vorgenommen werden, um einer Hintertziehung von solchen Vermögenswerten vorzubeugen. Wertpapiere, Banknoten usw., die nicht zur Stempelung vorgelegt werden, verlieren ihre Gültigkeit.

Von der Friedenskonferenz.

Washington, 4. März. (Reuter.) Präsident Wilson und Frau fuhren heute nachmittag nach New York ab, um von dort die Reise nach Frankreich anzutreten.

Wilson soll erklärt haben, daß die Vereinigten Staaten bereit seien, das Mandat des Völkerbunds für Armenien anzunehmen.

London, 5. März. (Reuter.) Lloyd George reist heute nach Paris ab.

Der Völkerbundsantrag verlag.

Washington, 4. März. (Reuter.) Senator Lodge hat beantragt, daß der Senat in einer Erklärung den Völkerbundsplan mißbillige und daß die amerikanischen Unterhändler beauftragt werden sollen, sich solange mit dem Abschluß des Friedens mit Deutschland zu beschäftigen. Lodge verlangte ferner, daß die Frage des Völkerbunds später eingehend geprüft werden solle. Infolge des erhobenen Widerpruchs konnte der Antrag Lodge in der gegenwärtigen Session nicht mehr erörtert werden, da sie heute noch endigt. Lodge verlas daher die Namen von 37 Senatoren des neuen Senats, die die Entschließung unterstützen. Da diese ein Drittel der Mitgliederzahl des Senats überschreitet, reicht sie aus, um die Ratifizierung des Friedensvertrags zu verhindern, für dessen Annahme eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist.

Der Kongress hat sich verlag, nachdem der Widerstand der Republikaner im Senat die Annahme einer Reihe wichtiger Maßnahmen noch vor Schluß der Tagung verhindert hatte.

Ein jüdisches Reich.

London, 5. März. Die „Times“ meldet aus New York, daß Wilson dem Plane der Zionisten zur Aufrichtung eines jüdischen Reichs in Palästina zugestimmt habe.

Die rechte Zeit.

London, 4. März. Im Unterhaus erklärte Churchill bezüglich der Abstimmung für die Bewilligung von 2 1/2 Millionen Mann für das Heer, daß der Anfordernisse in der augenblicklich ungelärten Verhältnisse stetig gegeben werden müsse. Die Okkupationsarmee am Rhein dürfe bis Ende 1920 aufrecht zu erhalten sein. Der Rat der Verbündeten werde auf beschleunigte Erfüllung der Bedingungen seitens Deutschlands dringen müssen. Deutschland hungere und es sei dem sozialen und nationalen Zusammenbruch gefährlich nahe. Dies sei die Zeit für die Friedensbedingungen, die Deutschland annehmen und durchführen müsse. Falls sie veräußert würde, hätte man niemanden mehr, mit dem Frieden zu schließen wäre. Zur Erfüllung der Bedingungen wäre es aber notwendig, ein starkes Heer am Rhein zu lassen.

China sucht sich der japanischen Fesseln zu entledigen.

Paris, 5. März. Die chinesische Abordnung zur Friedenskonferenz legte den Mächten ihre Forderungen vor. Zu seiner weiteren Entwicklung bedürfte China der Befreiung von den Lasten, die ihm durch die früheren Verträge mit Deutschland (Bachtung von Kiautschou und Schantungseisenbahn) auferlegt gewesen seien. Japan habe aber kein Recht, diese Zugeständnisse jetzt für sich zu beanspruchen. Ebenso erhebe China Einspruch gegen die 21 Bedingungen, mit denen Japan am 18. Januar 1915 plötzlich an China herantreten sei mit der Drohung, im Falle der Ablehnung den Krieg zu erklären. China habe sich im Jahr 1914 und 1915 am Krieg gegen Deutschland beteiligen wollen und es habe schon ein Heer von 100 000 Mann für Europa bereit gehabt, Japan habe aber die Kriegsbeteiligung verboten, weil es sich erst der Zusage der Entente-Mächte zur Erwerbung von Kiautschou und der deutschen Inseln im Stillen Weltmeer vergewissert wollte. China begrüße den Völkerbund, der im Lebensinteresse aller Völker liege.

Verlauf von Tauchbooten.

London, 5. März. (Reuter.) Die Regierung nahm das Anerbieten einer großen Schiffswerft in Middleborough auf Ankauf von 8 der größten deutschen Tauchboote an unter der Bedingung, daß die Schiffe zerstört und als altes Eisen verkauft würden.

England der Retter der Zivilisation.

London, 5. März. (Reuter.) In der ersten Sitzung des Vereinigten Industriekrats der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sagte Lloyd George: Rußland ist in Trümmern gefallen und es liegen leider Anzeichen dafür vor, daß es mit Deutschland ebenso gehen wird. Es sollte mich nicht wundern, wenn England wiederum die Aufgabe zufallen würde, die Zivilisation in mehr als einer Hinsicht zu retten. Die Zivilisation kann nur geschützt werden durch den Sieg der Gerechtigkeit, der allen Klassen gleichmäßig zugute kommen muß. Die Nation erwartet von der Konferenz, daß sie den Staat schützen werden. Die Arbeitgeber dürfen nicht nach vorübergehenden Vorteilen trachten, die ihnen schließlich zum Verderben ausschlagen könnten. Die Arbeiter sollen an das denken, was in Rußland geschehen ist und was vielleicht auch in Deutschland geschehen wird. Gerüst für die Arbeiter ist Anarchie am allerunvorteilhaftesten. Es ist ein Fehler, die Arbeitsstunden über das absolute notwendige Maß auszuweiden; andererseits müssen aber ausländische Wettbewerb und die Bedürfnisse eines Landes von 45 Millionen Menschen berücksichtigt werden. Die Wohlfahrt Englands hängt von der Steigerung der Erzeugung ab. Unsere Schulden betragen 8 Milliarden durch gesteigerte Produktion wieder einbringen.

Lohnbewegung in Frankreich.

Paris, 5. März. Laut „Humanite“ beschloß ein Kongress der Bergleute am Pas-de-Calais, den Achtstundentag und 50prozentige Lohnverhöhung zu verlangen. Die Bergarbeiter wollen sich mit den Eisenbahnern von Frankreich, den Bergleuten von Mittel- und Nord-Frankreich und den englischen Arbeitern zusammenschließen, um eine gemeinsame Bewegung zu schaffen, falls ihre Forderungen nicht erfüllt werden.

Der Ausstand.

New York, 4. März. (Reuter.) Der Streik von 16 000 Datenarbeitern, der im Januar auf Wilsons telegraphisches Ersuchen hie eingestiftet worden war, ist anscheinend wieder ausgebrochen. Die Schiffsahrt ruht so gut, wie völlig. Die Streikenden verlangen eine Lohnverbesserung von durchschnittlich 30 Prozent und den Achtstundentag.



Baden.

Badische Nationalversammlung.

(-) Karlsruhe, 5. März. Die bad. Nationalversammlung trat gestern nachmittag zu ihrer 4. öffentlichen Sitzung zusammen. Den Platz des Abg. Weiler hat, da dieser von Baden fortgezogen ist, der nächste auf der sog. Vorschlagsliste stehende Gewerkschaftssekretär Adolf Kieselich-Lörrach eingenommen. — Finanzminister Dr. Wirth nahm sodann das Wort zu einer längeren Rede. Er wies den Vorwurf zurück, daß für die Beamten nichts geschehe. Der bad. Staat habe für das Jahr 1919 über 121 Millionen für Kriegsbeteiligungen in Aussicht genommen. Nur durch den Opfergeist des ganzen Volkes wird es möglich, diese Lasten zu tragen. Eines gilt aber heute vor allem anderen: Sparsamkeit. Die neue Steuerumlage müsse der Nationalversammlung zur Beschlußfassung unterbreitet werden, das entspricht der neuen Zeit und dem demokratischen Geist. Eine der Hauptforderungen der Gegenwart sei die Beschaffung von Zahlungsmitteln, um die notwendigen Lebensmittel herinzubringen. Bricht unser Finanzgebäude zusammen, dann bekommen wir auch keine Lebensmittel. Der Geist der Veröhnung allein wird sie uns nicht beschaffen. Da unser Gold nicht ausreicht, müssen wir Devisen d. h. fremde Wechsel haben. Das heißt wir müssen arbeiten um solche zu bekommen. Baden sei bereit, mit dem Reich die Opfer des unglücklichen Kriegs zu tragen. Die Finanzlage in Baden sei ja eingetretener erträglich, dank der bisherigen gesunden Finanzwirtschaft. An die Nationalversammlung werden bedeutende Finanzforderungen gestellt werden, die einen ungeheuren Aufwand von 92 Mill. ausmachen. Nachdem Verkehrsminister Kalkert noch ein Bild der Finanzlage der Eisenbahnen gegeben hatte, das sich mit den bereits erfolgten Veröffentlichungen in der Presse deckte, wurde die Sitzung auf Mittwoch 9 Uhr vormittags verlag.

(-) Karlsruhe, 5. März. Die bad. Nationalversammlung setzte heute vormittag die Beratung über die Gewährung von Steuerumlagen für Beamte und Staatsarbeiter fort. Abg. Heuerich (Z.) verwahrte sich dagegen, daß man sage, die Arbeiter seien an dem Zusammenbruch des Staates schuld. — Abg. Kösch (S.) verurteilte die Art des Vorgehens der Eisenbahner in Mannheim. Die Arbeiter seien erbittert über das ungeschickte Treiben der Kriegsgewinnler und Bucherer während des Kriegs. — Der Verkehrsminister Kalkert betonte, er habe den Eisenbahner gegenüber persönlich schon mehrmals das Unverantwortliche ihrer Handlungs-

weise dargelegt, wenn sie wegen der Nichterfüllung ihres Ultimatum in den Ausstand treten wollten. — Abg. König (Dem.) führte aus, die finanziellen Angelegenheiten seien die ersten Sorgen. Man dürfe hoffen, daß der sittliche Kern unseres Volkes doch noch vorhanden sei. Politisch drohe der Revolution keine Gefahr, aber aus der wirtschaftlichen Notlage könne sie erwachsen. — Abg. Mayer (Welsch) (Deutsch-Nat.) sagte, er könne den Optimismus des Finanzministers nicht teilen.

(*) **Von der Euz.** 5. März. (Madan.) Madaukische Elemente veruzt vorgestern Abend nach einer auf dem Turmplat in Pforzheim gehaltenen Versammlung in den „Pforzheimer Anzeiger“ einzudringen und die Maschinen zu zerstören. Sie wurden jedoch von der Polizei zurückgehalten. Auch dem Oberbürgermeister wurde ein Besuch gemacht und es wurde verschiedenes aus dessen Keller zerstört.

(*) **Erzbach.** 5. März. Während des Kriegs ist der Wildbestand im Leininger Park stark zurückgegangen. 1914 waren vorhanden: 120 Hirsche, 150 Ratterwild, 200 Damwild und 700 Säuen. Jetzt sind vorhanden: 30 Hirsche, 50 Ratterwild, 40 Damwild und 70 Säuen.

(*) **Konstanz.** 5. März. Bürgermeister Pauli hat sich entschlossen, sein Amt weiter zu führen.

(*) **Konstanz.** 5. März. Die Waffenstillstandskommission hat der hiesigen Handelskammer telegraphisch mitgeteilt, daß Maximal 300 auf Grund ihrer Eingabe die Versorgung Oberbadens mit Kohlen von Wehl aus im bisherigen Umfang genehmigt habe.

(*) **Wessingen i. Hoh.** 5. März. (Die alte Geschichte.) Die Tochter des hiesigen Löwenwirts benötigte zum Feueranmachen Erdböl. Die Flasche zerbrach und die Kleider des Mädchens zünden augenblicklich Feuer. An den Brandwunden ist das Mädchen im Spital in Wehingen gestorben.

(*) **Schambr.** 5. März. (Verhaftung.) Vorgestern wurde der amtliche Viehanstauer Ludwig Schwarz von Wehingen, sowie sein Bruder Elias verhaftet. Sie hatten Vieh aus dem Wärentenbergischen nach Baden verschleppt.

Das Gemeindegesez.

D.P.C. Die Landesversammlung wird in ihrem zweiten — wohl kurzem — Tagungsabschnitt, vor allen Dingen das Nozgesetz für die Gemeindegeseze verabschieden. Den Stempel des Nonverkes trägt es sehr deutlich an seiner Stimme und es wird sich bald zeigen, daß eine Reihe von Bestimmungen sich nicht dauern lassen. Aber man muß bei diesem, wie bei allen anderen gesezgeberischen Arbeiten, sich immer vor Augen halten, unter welchen Gesamtverhältnissen sie zutage kommen.

Es ist ein großer Selbstbetrug, wenn man glaubt, das Brodelnde und im innersten angewühlte Leben und Treiben der Menschenmassen, die wieder ein Volk werden sollen, sei schon wieder so abgeklärt, daß man es in ganz geordnete Formen zusammenfassen könne. Der Abg. Bazzile hat zwar in seiner ersten Rede von den Gesezen der Revolutionszeit sehr wegwertend gesprochen. Das ist natürlich keine Kunst, wenn man die Mäßigkeit einer ruhigen, friedlichen Vergangenheit anlegt. Die Aufgabe des Augenblicks ist aber viel schwieriger und größer. Es handelt sich jetzt darum, den Kampf mit anarchistischen Zerkleinerungsrichtungen, die einzelnen Menschen langsam wieder zu einem vernünftigen Gemeindegesez, Volks- und Staatsleben und Denken zusammenzuführen.

Das Gesez in den Massen muß sich darum widerspiegeln in den Gesezen, die diese neue Zusammenfassung bewirken sollen. Sie müssen an Stimmung und Empfindung des Augenblicks anknüpfen und langsam wieder überzuleiten suchen in die Bahnen ruhiger Gesezmäßigkeit. Diese ungemein schwere Volksaufbauaufgabe darf bei der Beurteilung aller jetzigen Geseze nicht außer Betracht bleiben. Es hätte gar keinen Sinn, Geseze zu schmieden, die von den heutigen Menschen innerlich einfach nicht angenommen, denen sie sich nicht fügen würden. Wer darum Kritik üben will, der vergesse nicht, daß jeder Schritt zu neuer Ordnung im Kampf mit einer anarchisch-eigenmächtigen wilden Strömung getan werden muß. Er wird dann zu anderen und gerechteren Urteilen kommen und sich auch sonst vor falscher Einschätzung der Lage bewahren.

Württemberg.

(*) **Stuttgart.** 5. März. (Der 20-März-Diebstahl.) Umfangreiche Einbruchdiebstähle, von denen die bekannten 20-Mark-Schulden diebstähle bei der Firma Greiner & Pfeiffer hier die wichtigsten waren und bei denen den Dieben durch Einbruch in Zigarettensfabriken, Wohnungen und Landhäusern Zigarettens im Gesamtwert von mehreren tausend Mark, wertvolle Teppiche, Decken, Kleider, Wäsche, eine Wohltätigkeitsversammlung mit 3400 Mk., Lebensmittel, Federwaren usw. im Gesamtwert von beinahe 800000 Mk. in die Hände fielen, beschaffte gestern und heute die Strafkommer. Die 17 Angeklagten konnten kaum auf der Anklagebank untergebracht werden. Es waren dies: Emil Müller, 27 Jahre alt, Arbeiter, 18 Jahre alt von hier, Anton Schmid, Hilfsarbeiter, 18 Jahre alt von Sougan, Sophie Müller, 53 Jahre alt von Winterstetten, M. Walder, Anton Dwidter, Goldschmied, 53 Jahre alt von Iglingen, M. Schmid, Paula Müller, Arbeiterin, 17 Jahre alt von hier, Sophie Müller, Arbeiterin, 16 Jahre alt von hier, deren Mutter Sophie Müller, 56 Jahre alt von hier, Walter Deutscher, Mechaniker, 18 Jahre alt von Dornau, Pauline Gilmann, 50 Jahre alt von Wehingen, Wilhelm Benz, 18 Jahre alt von hier, Hermann Wagners, Hilfsarbeiter, 21 Jahre alt von hier, Paul Wurster, 27 Jahre alt, Erbschmitt von hier, Albert Landfried, Mechaniker, 18 Jahre alt von Karlsruhe, Karl Seeger, Revolverdreher, 20 Jahre alt von hier, Christian Fiegler, Mechaniker, 30 Jahre alt von hier, Marilde Galtler, 23 Jahre alt, Weisfahnderscheiderin in Rohr. In der Nacht vom 13. auf 14. Dezember drangen Emil und Albert Müller, sowie Schmid in das Druckereigebäude der Firma Greiner & Pfeiffer in der Christophstraße ein, aus dem 108 Bogen 20-Mark-Scheine ohne Trockenstempel, 1218 Bogen Scheine ohne Trockenstempel und ohne Nummer im Gesamtwert von 788800 Mk. entwendeten. Das gestohlene Geld brachten sie in die Wohnung ihrer Eltern und hielten dort ein großes Festgelage, wobei die Mutter von dem Geld Einkäufe machte, obwohl sie wissen mußte, daß es nicht aus rechtmäßiger Quelle erworben sein konnte. Bei dem Einbruch hatte der Angeklagte

Emil Müller, ein gefährlicher Dursche, zwei Handgranaten und einen Revolver bei sich geführt. Am folgenden Sonntag, als die Verbrecher von ihrer Tat an den Pflanzsäulen lasen, verbrannten sie einen großen Teil der Scheine und verpackten ein Paket mit solchen in einer Kiste am Westbahnhof. Die gestohlenen Scheine wurden glücklich wieder beigebracht. Das Urteil wird heute Abend verhandelt.

(*) **Stuttgart.** 5. März. (Verbraunt.) Heute früh brach in einem Hause der Färberstraße hier ein Zimmerbrand aus. Der Zimmerbewohner, ein 74 Jahre alter, alleinstehender Mann, wurde im brennenden Bett tot aufgefunden. Vermutlich hat er beim Nachmachen ein brennendes Streichholz weggeworfen. Der Sachschaden beträgt einige hundert Mark.

(*) **Stuttgart.** 5. März. (Berichtigung.) Von der D.P.C. wird uns geschrieben: Die Pressekorrespondenz der Bürgerpartei verbreitet aus durchsichtigen Gründen in der Bezirkspresse die Nachricht, der deutsch-demokratische Abgeordnete Philipp Wieland-Min werde sein Mandat zur Landesversammlung niederlegen. Die Nachricht ist unwar.

(*) **Heilbronn.** 4. März. (Festgenommener Dieb.) Der Fahndungsmannschaft ist es gelungen, den seit November v. Js. dem Gefängnis entronnenen Arbeiter Ferdinand Oberndörfer von Bregfeld festzunehmen, der in der letzten Zeit eine Reihe von Diebstählen, besonders in den angrenzenden Oberämtern Neckarum und Wehingen, zur Nachtzeit ausgeführt hat.

(*) **Gütlingen.** M. Nagold, 5. März. (Der Hamsterer auf Freiersfüßen.) Ein Hamsterer von Tilt-Weissenstein hatte sich in Oberjettingen Salatöl um 30 Mk. das Liter erworben. Auch eine Braut von hier suchte er sich zu verschaffen. Die junge Dursche aber richtete den Freiersmann aus Eifersucht übel zu; während der Schlägerei machte dieser von seiner Schußwaffe Gebrauch und schoß einen der Angreifer in den Unterleib. Der Hamsterer, der im Felde war, trug ebenfalls Verletzungen davon.

(*) **Freudenstadt.** 5. März. (Brand.) In Bialzgröbenweiler ist das Gasthaus zum Tisch vollständig niedergebrannt.

(*) **Tutlingen.** 5. März. (Lohnbewegung.) Die Forderung der Arbeiter der Instrumentenindustrie, Stundenlohn von 1.10 Mk. mit 20 Prozent Zuschlag für Akkordarbeit ist um weitere 20 Prozent Zuschlag erhöht worden. Ferner ist wöchentliche Auszahlung und Bezahlung der Streulage verlangt. Sollten die Einigungsverhandlungen erfolglos bleiben, so ist ein Generostreik in Aussicht genommen. Ein Teil der Schuharbeiter hat die Arbeit gleichfalls niedergelegt.

(*) **Wessingen i. Hoh.** 5. März. (Die alte Geschichte.) Die Tochter des hiesigen Löwenwirts benötigte zum Feueranmachen Erdböl. Die Flasche zerbrach und die Kleider des Mädchens zünden augenblicklich Feuer. An den Brandwunden ist das Mädchen im Spital in Wehingen gestorben.

Württemberg. Landesversammlung.

Stuttgart, 5. März.
D.P.C. Nach rund einmonatlicher Pause hat die württ. Landesversammlung heute mittags 1/5 Uhr ihre Sitzungen wieder aufgenommen. Die Tagung wird nach den einleitenden Begrüßungsworten des Präz. Keil mit Rücksicht auf die Arbeiten der Ausschüsse nur kurze Zeit dauern. Die Unterbrechung der Volltagungen soll dann vor allem dem Verfassungsausschuss Gelegenheit geben, seine Arbeiten rascher zu fördern, da wohl alle den Wunsch haben, dem Lande so schnell wie möglich eine Verfassung zu geben. Aus den vom Präsidenten vorgelesenen Einläufen ist zu erwähnen der Entwurf eines Gesezes über die vorläufige Ausübung der Staatsgewalt in Württemberg. Bevor in die Verhandlungen eingetreten wurde, verlas der Präsident eine Zuschrift des Kapitulanten Tirpitz, die sich mit der von Abg. Bruchmann in der Landesversammlung vom 28. Januar zur allgemeinen Lage gehaltenen Rede befaßt, wobei Kapitulanten Tirpitz im Auftrag seines Vaters die Mitteilung macht, daß die vom Abg. Bruchmann über den Unterseebootkrieg gehaltenen Versicherungen, insoweit sie sich auf Aussagen des Admirals v. Tirpitz beziehen, nicht zutreffend seien. Neben die Feststellungen macht ein ebenfalls eingelaufener Brief des Prof. Dr. Dietrich Schäfer, Abg. Bruchmann führt zur Geschäftsordnung aus, daß er sich vorbehaltlich auf diese Briefe erst dann zurückzukommen, wenn er weitere Erhebungen über die Angelegenheit habe machen können, da durch die schlechten Verkehrsverhältnisse es nicht möglich sei, die nötigen Unterlagen rasch zu beschaffen.

Auf der Tagesordnung stand eine Anfrage Engelhardt (U.S.) an den Kriegsminister, betr. die Beschlagnahme städt. Weine durch die Sicherheitskommissionen in Stuttgart. Kriegsminister Herrmann erklärt, es sei zurecht, daß 22 Hektoliter Wein an die am 17. Januar in erhöhter Bereitschaft gestandenen Stuttgarter Sicherheitskommissionen abgegeben worden seien; der Wein sei aber nicht beschlagnahmt, sondern von der Stuttgarter Stadtverwaltung aus städt. Beständen zur Verfügung gestellt und dieser von der Regierung auch bezahlt worden. Die Beratung des Entwurfs eines Gesezes betr. das Gemeindegesez und die Gemeindegesezierung nahm trotz der eingehenden Vorbereitung im Gemeindegesez-King recht breiten Raum ein; insbesondere spielen die zwischen der Linken und Rechten bestehenden Meinungsverschiedenheiten über das aktive und passive Wahlalter eine große Rolle. Der Abg. Scheer (D.P.C.) hat namens seiner Freunde das Haus, an den nach allen Seiten wohlhabendsten Anträgen des Ausschusses festzuhalten und die jetzt vorliegenden Anträge des Zentrums, des Sozialdemokraten und der Unabhängigen abzulehnen.

Die Anträge des Ausschusses zu Art. 1 und 2 (Wahl- und Stimmrecht) und Art. 3 (Gemeindegesezierung) wurden angenommen.

Locales.

Der Arbeitsmarkt im Reich hat infolge der warmen Witterung teilweise eine leichte Besserung erfahren. Das Baugewerbe konnte vereinzelt, soweit es der Mangel an Rohmaterial zuließ, seine Tätigkeit wieder aufnehmen und auch die Notstandsarbeiten sind vielfach wieder in Gang gekommen. Die landwirtschaftliche Arbeitsvermittlung scheitert in vielen Fällen an den Unternehmungsverhältnissen auf dem Lande. Im Braunkohlenbergbau ist der Arbeiterbedarf fast ganz gedeckt. In der Zigarrenindustrie vergrößert sich das Heer der Arbeitslosen. Ein vollständiges Ausbleiben der Arbeitsgelegenheit zeigt sich ferner bei den Malern und Gipsern, den Klempnern und Bauhölzern, bei den Messern, Bäckern, Müllern, Schneidern, Gläsern und Klavierarbeitern. Der Arbeitsmarkt vor technischen und kaufmännischen Angestellten hat sich wenig verändert, die leichte Besserung, die infolge Ab-

lösung weiblichen Personals eingetreten war, wird durch vermehrte Entlassung wieder ausgeglichen. Das Angebot weiblicher Arbeitskräfte in Privatverhältnissen und in der Landwirtschaft hat sich etwas gehoben, ohne jedoch den Bedarf zu befriedigen. Von allen Arbeitsnachweiser wird betont, daß der Unterschied zwischen der Arbeitslosenunterstützung und den Arbeitslöhnen zu gering ist, sodaß ein erheblicher Teil der tätigen Arbeiter weniger verdient, als die Erwerbslosen an Unterstützung erhalten. Dies trifft vor allem bei den Angestellten zu.

— **Für Kriegsbeschädigte.** Ein Direktor Karl Dännig, Berlin, N.O. 43, Prenzlauer Berg 10, versendet Prospekte an Kriegsbeschädigte, durch die er sich für ein Honorar von 150 Mk. erhebt, Kriegsbeschädigte für die Beamtenaufbahn vorzubereiten. Dännig ist nach Auskunft des Polizeipräsidenten Berlin mehrfach vorbestraft und als geisteskrank vorübergehend endmündig gewesen. Es wird gewarnt, sich mit diesem Unternehmer in irgend einer Weise einzulassen. — Alle Beschäftigten in Militärversorgungssachen, Einspruchsfrist bei den Militärbehörden, Fristen zur Einlegung der Berufung an das Militärverwaltungsgericht und des Rekurses an das Reichsmilitärverwaltungsgericht sind gleichmäßig auf einen Monat festgesetzt worden. Alle Kriegsbeschädigte werden auf diese Bestimmungen ganz besonders hingewiesen, damit Fristverlorenheiten, die unter Umständen die weitere Geltendmachung des Rechtsanspruches ausschließen würden, vermieden werden.

— **Aufhebung der Holzbewirtschaftung.** Das Reichswirtschaftsamt hat die allgemeine Beschlagnahme von Fässern, Kässen, Bottichen und ähnlichen Gebilden aufgehoben.

— **Ansichtskarten** können nach amtlicher Mitteilung als Warenproben und geschäftliche Drucksachen nach der Rheinlinie verschickt werden.

— **Evangel. Kirzentag.** Eine Versammlung von Vertretern aller evangl. Kirchenregierungen, Synoden, freien Gemeinden usw. in Deutschland, die am 27. und 28. Juli in Kassel stattfand, beschloß einstimmig die Einigung eines allgemeinen deutschen evangl. Kirchentags, der als dauernde Einrichtung die rechtlich geordnete Vertretung der gemeinsamen Interessen aller evangl. Landeskirchen des Reichs darstellen soll. Ein 14-tägiger Ausbruch wurde mit den Vorarbeiten für die erstmalige Einberufung des Kirchentags betraut.

— **Sommerzeit.** Wegen der Einführung der Sommerzeit wird nun auch die Tatsache ins Feld geführt, daß in den vom Feind besetzten Gebieten die sog. westeuropäische Zeit (Paris) gilt. Würde nun im rechtsrheinischen Reich die Sommerzeit durchgeführt, so betrüge der Zeitunterschied des rechts- und des linksrheinischen Gebiets nicht weniger als 2 Stunden. Die badische Regierung hat daher auch bekannt gegeben, daß sie bei der Reichsregierung gegen die Sommerzeit wirken werde.

— **Eingeklepte Medaillen.** Da in die neutrale Zone durch hinreichende ehemalige Deeresangehörige vier Medaillen eingeklept wurden, drohen die Franzosen mit Verhängung der Interdiktions. Das Kriegsministerium hat daher verfügt, daß alle aus dem Feind in die neutrale Zone einreisenden Deeresangehörigen zunächst eine 14-tägige Quarantäne durchzumachen. Die Erlaubnis zum Betreten der neutralen Zone wird daher in Zukunft an solche Personen erst nach 14-tägiger Quarantäne erteilt werden.

— **Sommerzeit.** Wegen der Einführung der Sommerzeit wird nun auch die Tatsache ins Feld geführt, daß in den vom Feind besetzten Gebieten die sog. westeuropäische Zeit (Paris) gilt. Würde nun im rechtsrheinischen Reich die Sommerzeit durchgeführt, so betrüge der Zeitunterschied des rechts- und des linksrheinischen Gebiets nicht weniger als 2 Stunden. Die badische Regierung hat daher auch bekannt gegeben, daß sie bei der Reichsregierung gegen die Sommerzeit wirken werde.



Gouverneur Dr. Schree General v. Lohm-Jacob

Vermischtes.

Friedrich Sanders. Am 3. März ist in München im Alter von 86 Jahren der Infanterie a. D. beim früheren Oberhofmarschallamt Friedrich Sanders gestorben. Er zählte zu den bevorzugten Männern in der Umgebung des geistig unmadigsten Königs Ludwig II. So waren im die Anordnungen für die unbemerkte Abreise des Königs v. N. N. nach der Schweiz im Jahre 1881 übertragen. Er war auch einer der wenigen Zeugen der Vorgänge bei der Verbringung des Königs von Hohenwangau nach Schloss Berg. Dr. Guden hatte es ihm gestattet, in Schloss Berg eine Unterredung mit dem König zu führen, die die letzte des Königs war; wenige Stunden später hatte der König den Tod gefunden.

D.P.C. Eine sympathische Neuerung. Bei der ersten Beratung der endgültigen Verfassung soll zum ersten Male der Versuch gemacht werden, die Fraktionsredner nicht nach der Größe der Fraktionen hinter einander folgen, sondern Mehrheits- und Oppositionsredner miteinander abwechseln zu lassen. Damit wird endlich so etwas wie eine parlamentarische Debatte herbeigeführt. Der Frische der Verhandlungen der Nationalversammlung wird eine derartige Uebung nur dienlich sein können!

D.P.C. Unerfreuliches aus der Nationalversammlung. Die Aussprache, die sich an die dritte Beratung des Gesetzes über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr am Donnerstag Vormittag in der Nationalversammlung knüpfte, war in hohem Maße unerfreulich. Erfreulich an ihr war höchstens die Tatsache, daß die Mitschuld der Unabhängigen an dem entsetzlichen Vorkommnis, der augenblicklich seine Kunde durch die deutschen Baue macht, wieder einmal vor aller Welt festgestellt wurde. Rein äußerlich trat ja diese Tatsache auch dadurch schon zutage, daß die Bänke der Unabhängigen sehr schwach besetzt waren. Die unabhängigen Redner Braß und Dr. Sohn wurden besonders wirkungsvoll von den Abgeordneten Schöpflin und Hub sowie von dem Reichswehrminister Noske widerlegt. Völlig scheiterte auch der Versuch Dr. Cohns, den Zusammenhang russischer Gelder mit der deutschen Revolution und der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei als harmlos hinzustellen. Die Schulmeister Katastrophopolitiker wächst mit jedem Tage mehr und mehr. Man kann sie nur um den traurigen Mut bewundern, wie leicht sie ihre Verantwortung vor dem deutschen Volke und der deutschen Zukunft nehmen!

D.P.C. Stuttgart, 5. März. Die Pressekorrespondenz der Bürgerpartei verbreitet aus durchsichtigen Gründen in der Bezirkspresse die Nachricht, der Deutsch-demokratische Abgeordnete Philipp Wieland-Ulm werde sein Mandat zur Landesversammlung niederlegen. Die Nachricht ist unwahr.

D.P.C. Die Wahlbeteiligung bei den Berliner Gemeindevahlen. Die Gemeindevahlen in Groß-Berlin sind in aller Ruhe verlaufen. Das Resultat liegt vor. Es zeigt, daß die Beteiligung im allgemeinen weit geringer war, als bei den Wahlen zur Nationalversammlung und zum Preußenparlament. Insbesondere läßt sich ein Nachlassen des Wahlereifers bei den Frauen und den wahlberechtigten Männern zwischen 20 und 25 Jahren feststellen. Diese Erscheinung gibt zu denken. Gerade die Kreise, die soeben das Wahlrecht erhalten haben, ermüden zuerst in der Ausübung des Rechtes. Es ist wohl weniger der Mangel an Interesse als das fehlende Bewußtsein von der Wichtigkeit des Wahlaftes, das große Teile dieser Reulinge in staatsbürgerlichem Sinne von der Beteiligung an der Wahl abgehalten hat. Aus unserer Beobachtung ziehen wir den Schluß, daß gerade die politischen Reulinge ein Feld für die intensivste Bearbeitung sein müssen. Wenn auch dank unserer Organisation die Deutsche demokratische Partei mit dem Wahlausfall in Berlin zufrieden sein kann, so dürfen wir doch nicht nachlassen in der Agitation zur Verbreitung des demokratischen Gedankens. Bei den in Württemberg kommenden Gemeindevahlen muß eine Beteiligung gewährleistet werden, die die Grenze des Möglichen erreicht!

Trotz Kohlennot

kann jedes Dach sofort in Stand gesetzt werden. Die Ambi-Dachstein-Maschine liefert Falzziegel, Pfannen, Kronen usw. im Handbetrieb

Anfragen an:

Ambi Abt. u. k. Charlottenburg 9

Arthur Müller Bauten und Industriewerke
Goldene Medaille und Staatspreis vom Reichsverband für sparsame Bauweise

Druck und Verlag der B. Hofmann'schen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortlich: E. Reinhardt daselbst.

Arbeitszeit in den städt. Kanzleien.

Zufolge Verfügung des Arbeitsministeriums vom 18. Januar 1919 wird die Arbeitszeit in den städtischen Kanzleien auf dem Rathaus und im Lebensmittelamt auf vormittags von 8 bis 12 Uhr und nachmittags von 2 bis 6 Uhr festgesetzt.

Wildbad, den 5. März 1919.
Stadtschultheißenamt: Böhner.

Sonderzulagen für Holzabfuhrpferde.

Die hiesigen Fuhrwerksbesitzer werden aufgefordert, die zur Berechnung und Erlangung der Sonderzulagen notwendigen Bescheinigungen bis spätestens 10. ds. Monats, soweit noch nicht geschehen, auf dem Meldeamt abzugeben. Wer eine Bescheinigung nicht beibringt, verliert den Anspruch auf die Sonderzulage für den betreffenden Monat.

Wildbad, den 5. März 1919.
Stadtschultheißenamt: Böhner.

Düngererkalk.

Der bestellte Düngererkalk kann am Montag auf dem Bahnhof abgeholt werden.
Städt. Lebensmittelamt Wildbad.

Bestellungen auf

eingemachte rote Rüben	Pfund 50 Pfg.
Sauerkraut	Pfund 30 Pfg.
Salzgurken	Stück 16 Pfg.
Citrouen	Stück 35 Pfg.

nehmen entgegen,
Pfsannkuch u. Co.
Wildbad Telefon 110.

Med. Drogerie und Photo Haus

Grundner Nachf. J. & W. Schmid.

Wir empfehlen sämtliche Haarwässer wie:
Dralles Birkenwasser
Bay.Rum
Javol
Brennessel Haarwasser
Antisept. Haarwasser
Haaröle und Brillantinen
Mund- und Zahnwässer.

Zahnpasten

Albin
Blor
Chlorodont
Kali-Chlor
Vebero
Eugosol u. s. w.

Zahnpulver in stets frischer und guter Qualität.

Eau de Cologne echt 4711. u. a. m.

Haarneze aus echtem Haar
in allen Farben 40-40
1, 95

Alle Puder Deutsche und Französische Fabrikate

Amol Spritthaltig, wieder eingetroffen.

Gantcreme: in bestem Fettgehalt.

Sämtliche Hygienische Artikel.

Wirts Verein Wildbad

Morgen Freitag nachmittag 1/2 6 Uhr
Versammlung
bei Kollege Frey zum wilden Mann.

Wollstoffe

sind eingetroffen und kosten:
in schwarz 145 cm. breit M. 17.60 per Mtr.
in braun 145 cm. breit M. 20.20 per Mtr.
versch. Farben 120 cm. breit M. 28.50 per Mtr.

Diese Stoffe eignen sich hervorragend für Jacken, Kleider, Ober- und Unterröcken, Damen u. Herren-Mäntel, Kleider-Mäntel, Joppen und Westen.

Die Serie für M. 28.50 ist besonders schön, da noch aus altem vorzüglichem Wollmaterial hergestellt und wird es derartige Stoffe in langer Zeit nicht geben.

Ph. Bosch, Wildbad

Armkörbe

Reisekörbe
Waschkörbe u. s. w.
ein eingetroffen bei
Robert Treiber.

Druck-Arbeiten jeder Art

liefert rasch und billig
B. Hofmann'sche Buchdruckerei

Farben

trocken und Fußboden-Lacke Fritzsche
Carbolineum
Salzsäure
Sprit. Lake
Bohner Masse:
reine Oelware, Stahlspäne
Brillst. Möbelpolitur, Messerputz-Schmirgel
Schell-Glanzputz Pulver für alle Metalle: Friedens-Qualität.
Artikel zur Desinfection und Wäsche

Natron Wasserglas helle Ware

Braunsche Stoff-Farben in allen Nuancen

Schwämme
Cremfarben

Stärke und Stärke-Ersatz
Alle obigen inserierten Waren befinden sich am Lager.

Medizinal-Drogerie

A. & W. Schmit.

Trauer-Anzeige.

Der Kamerad
Wilh. Lutz, Schuhmachermeister
Veteran 1870/71

ist gestorben.
Beerdigung Freitag mittags 3 Uhr. Der Beerdigung tritt 2 1/2 Uhr vor dem Rathause an.
Zahlreiche Beteiligung erwartet.
Militär-Verein Wildbad. Gricar-Verein Wildbad.

Haarneze

Stirnneze 40/40 Stück M. 1.90
Haarneze (circa) groß Stück zu M. 1.80 1.50
bei Chr. Schmidu. Sohn

Sebrock Anzug

Einem schwarzen der Mod so gut wie neu, zu verkaufen.
Zu erfragen in der Exped. [250]

Fabrikmaurer

Ein für dauernde Stellung gesucht.
Papierfabrik Wildbad.

3 Zimmer-Wohnung mit Küche und Zubehör auf 1. Juli zu mieten gesucht.
Näheres in der Exped. [249]

Näh-Maschinen

aller Systeme repariert rasch und sicher.
Geirich Gott, Mechaniker.

Zahnbahnen

einfach und verschleißbar empfiehlt.
J. Treiber.

Erstes Spezialgeschäft für

Amateur-

Photographie

Sämtliche Bedarfsartikel.

Apparate

diverser erstklassiger Fabrikate zu

Original-Fabrikpreisen

in großer Auswahl.
Entwickeln und Copieren von

Platten und Films

wird schnellstens, sauber, billig und sachmännisch ausgeführt

Platten, Films, Papiere, Bäder etc.

stets frisch am Lager-

Grundner Nachfolger,

J. & W. Schmit
Erstes Spezialhaus für Amateurphotographie Wildbad.